



Selbstauskunft zur Lebensunterhaltssicherung

Familienname	Vorname	
_____	_____	
Straße, Hausnummer	Postleitzahl	Ort
_____	_____	_____

Hiermit erkläre ich, dass ich meinen Lebensunterhalt wie folgt bestreite:

- ☐ Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit
Nettoeinkommen pro Monat: _____
- ☐ Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit
durchschnittliches Nettoeinkommen pro Monat: _____
- ☐ Rente
Rentenhöhe pro Monat _____
- ☐ sonstige Einkünfte

Ich erhalte folgende Leistungen aus öffentlichen Mitteln:

- ☐ Kindergeld
Höhe des Kindergeldes pro Monat: _____
- ☐ Kinderzuschlag
Höhe des Kinderzuschlags pro Monat _____
- ☐ Elterngeld
Höhe des Elterngeldes pro Monat: _____
- ☐ Arbeitslosengeld I
Höhe des Arbeitslosengeldes I pro Monat: _____
- ☐ Grundsicherungsgeld (früher Bürgergeld)
Höhe des Leistungsbezugs pro Monat: _____
- ☐ Sozialhilfe (SGB XII)
Höhe des Leistungsbezugs pro Monat: _____
- ☐ Wohngeld
Höhe des Wohngeldbezugs pro Monat: _____

☐ Ausbildungsförderung (BAföG)
Höhe des Leistungsbezugs pro Monat:

☐ Sonstige Leistungen

Ich habe folgende regelmäßige Zahlungsverpflichtungen:

☐ Miete
Höhe der Miete pro Monat:

☐ Unterhaltszahlungen
Höhe der Unterhaltszahlungen pro Monat:

☐ Tilgung von Krediten
Höhe der Tilgung pro Monat:

☐ Sonstige Zahlungsverpflichtungen

Ich versichere, vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen und vollständig gemacht zu haben.

Ich wurde darauf hingewiesen, dass

- das Ausweisungsinteresse gem. § 54 Abs. 2 Nr. 8 Buchst. a AufenthG schwer wiegt, wenn falsche oder unvollständige Angaben zur Erlangung eines Aufenthaltstitels, eines Passersatzes, der Zulassung einer Ausnahme von der Passpflicht oder der Aussetzung der Abschiebung gemacht wurden oder nicht an Maßnahmen der für die Durchführung dieses Gesetzes oder des Schengener Durchführungsübereinkommens zuständigen Behörden mitgewirkt wurde

- unrichtige oder unvollständige Angaben den Straftatbestand des § 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG erfüllen. Die Straftat kann mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden.

- ich meine Belange und für mich günstige Umstände, soweit sie nicht offensichtlich oder bekannt sind, unter Angabe nachprüfbarer Umstände unverzüglich geltend zu machen habe und die erforderlichen Nachweise über meine persönlichen Verhältnisse, sonstige erforderliche Bescheinigungen, Erlaubnisse und Nachweise unverzüglich beizubringen habe (§ 82 AufenthG). Nach Ablauf der dafür von der Ausländerbehörde gesetzten Frist geltend gemachte Umstände und beigebrachten Nachweise können unberücksichtigt bleiben.

Ferner bestätige ich, dass ich meine steuerlichen Verpflichtungen erfüllt habe (keine Steuerschulden) und kein Insolvenzverfahren eingeleitet wurde bzw. ich keinen Insolvenzantrag gestellt habe.

Ort, Datum

Unterschrift